Politische Rundschau.

Deutschland.

*Kaiser Wilhelm wird Ende Mai kurze Zeit als Jagdgast bei dem Fürsten Dohna-Schlobitten auf Prökelwitz weilen und auf der Rückfahrt nach Berlin Cadinen besuchen.

*Prinz-Regent Luitpold von Bayern hat anläßlich seines 87. Geburtstages (12. d.) 48 Strafgefangene begnadigt, darunter zwei zu lebenslänglichem Zuchthaus Verurteilte.

*Die Börsenkommission des Reichstages hat die erste Lesung der Ergänzung zum Börsengesetz beendet. Die Kommission stellte unter Ablehnung der Regierungsvorlage das Börsenregister wieder her und fügte unter Ablehnung aller Milderungsvorschriften scharfe Strafbestimmungen für Verstöße gegen verbotene Börsentermingeschäfte, Gefängnis und Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. ein. Die Regierung ließ erklären, daß sie nicht in der Lage sei, dem Gesetz in dieser Form ihre Zustimmung zu geben.

*Die Budgetkommission des Reichstages hat die Forderung für den Bau einer neuen Landungsbrücke in Swakopmund abgelehnt.

*Während in der Budgetkommission des Reichstages über die Verminderung der Schutztruppe für Deutsch-Südwestafrika verhandelt worden ist, haben in der Kolonie wieder Überfälle und infolgedessen auch Gefechte stattgefunden. Amtlich wird darüber berichtet: Am 8. d. wurde eine deutsche Patrouille, die aus einem Sergeanten, drei Reitern und zwei Eingeborenen bestand, bei Kubub von 25 Hottentoten erschossen. Der nach Norden abziehende Gegner wurde durch 25 Reiter verfolgt. Auch in diesem Falle handelt es sich wahrscheinlich wie bei früheren Überfällen in jener Gegend, um Leute Simon Coppers.

*In Sosnowice sind zur Verstärkung des militärischen Schutzes der deutschen Einwohnerschaft, die infolge der Annahme der Enteignungsvorlage wiederholt von polnischen Einwohnern bedroht worden ist, fünf Kompagnien eingetroffen. Es herrscht großer Unwille darüber, daß diese Militärkosten der Bürgerschaft auferlegt werden.

Österreich-Ungarn.

*In Wiener diplomatischen Kreisen verlautet, daß eine zustimmende Antwort der Türkei auf die ihr im vergangenen Monat überreichte Note, betr. die Verlängerung der Mandate der Zivilagenten und der Finanzkommission in Mazedonien für die Dauer von sieben Jahren, den Botschaftern der Mächte demnächst zugehen werde.

Frankreich.

*Die Lage des Kabinetts Clemenceau wird mit jedem Tage haltloser. Gelegentlich eines Festmahles, das zu Ehren des Kammerpräsidenten Brisson veranstaltet worden war, hielt der frühere Ministerpräsident Combes eine Rede, in der er in scharfen Worten die gegenwärtige Regierung kritisierte. Der anwesende Clemenceau, dessen Schlagfertigkeit sonst jedermann fürchtete, fand nur wenige bedeutungslose Worte der Erwiderung. Auch andre Zeichen deuten darauf hin, daß Clemenceaus Anhang zusammenschrumpft. Der frühere Kriegsminister Berteaux wird demnächst in der Kammer den Ministerpräsidenten fragen, wann er seine bisher unerfüllt gelassenen Versprechungen einzulösen gedenkt. In erster Linie handelt es sich dabei um das Arbeiterruhegesetz, bei dessen Beratung die Regierung die Altersversorgung vom 65. statt wie beantragt worden war, vom 60. Jahre ab vorschlug. Noch einmal hat allerdings der geschmeidige Ministerpräsident den Sturm zu beschwören gewußt. Als Berteaux in der Kammer beantragte, alle Beamtenmaßregelungen des jetzigen Kabinetts aufzuheben, stellte Clemenceau die Vertrauensfrage und errang mit 352 gegen 130 Stimmen einen glänzenden Sieg.

England.

*König Eduard hat überraschenderweise seine Frühjahrsreisepläne geändert. Es heißt, daß der König, der gegenwärtig in Biarritz weilt, den Plan einer Kreuzfahrt im Mittelländischen Meere aufgegeben hat und Mitte April nach London zurückkehren wird. Vorher wird er sich wahrscheinlich einige Tage in Paris aufhalten. — Pariser Blätter behaupten, diese Wandlung sei eine Folge des Streites um den Briefwechsel Kaiser Wilhelms mit Lord Tweedmouth. Richtiger scheint jedoch die Vermutung, daß die schwere Erkrankung des englischen Ministerpräsidenten Campbell-Bannerman eine Kabinettsumbildung und damit die Anwesenheit des Königs notwendig macht.

*In Londoner Blättern wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die bevorstehende Regelung der Ostseefrage, woran auch England beteiligt ist, zu einem völligen Einvernehmen zwischen der deutschen und englischen Regierung führen wird. — Die „Times" bringen in einem längeren Artikel eine Begründung und Rechtfertigung für die Veröffentlichung der Angelegenheit des Kaiserbriefes. Die englischen Zeitungen brachten aber das Geschreibsel nicht mehr. Wird also wirklich endlich Ruhe Einkehr halten?

Rußland.

*Die Erklärung, die der Minister des Auswärtigen, Iswolski, in der Duma über die Entwickelung der Beziehungen zu Japan seit dem mandschurischen Kriege gab, hat im ganzen Lande Beifall gefunden. Freut man sich einerseits, daß dem Volke im Sinne einer Verfassung Einblick in das große politische Getriebe gewährt wurde, so empfindet man besondere Genugtuung über die Erklärung des Ministers, Rußland wolle seine ungebrochene Stärke zur Aufrechterhaltung des Friedens benutzen. — Allerdings warnen auch einige Zeitungen vor allzu großer Hoffnungsfreudigkeit und weisen darauf hin, daß Japan in der Mandschurei und in Korea unaufhaltsam vordringe.

Balkanstaaten.

*Die Bauernunruhen, die in Rumänien schon zu argen Tumulten geführt haben, veranlaßten den Minister des Innern, Braiiano, zu der Erklärung, die Lage sei durchaus nicht gefahrdrohend. Es beständen aus Anlaß der Agrarreform Streitigkeiten zwischen den Grundbesitzern und den Bauern. Die Regierung habe die weitestgehenden Maßnahmen getroffen, um den neuen Gesetzen die richtige Durchführung zu sichern, habe aber auch gleichzeitig dafür gesorgt, daß die Ruhe nicht gestört werden könne.

Amerika.

*Nach einer Meldung aus New York wurden in den Salpeterwerken in Chile mehrere Hundert Arbeiter bei einem Kampfe mit Soldaten erschossen. Die Arbeiter hatten mit Gewalt versucht, höhere Löhne durchzudrücken und zum Kampfe gegen die Regierung aufgefordert.

Afrika.

*Je größer die Schwierigkeiten werden, die das Ministerium Clemenceau daheim zu überwinden hat, je mehr ist man bemüht, die Dinge in Marokko recht hoffnungsvoll darzustellen. In diesem Bestreben hat nun die Regierung eine Nachricht über die Lage auf dem Kriegsschauplatz verbreitet, die in weiten Kreisen berechtigten Zweifel begegnet. Danach hätte General Damade, der Oberbefehlshaber, mehrere eigenhändige Schreiben von Muley Hafid und den Führern seiner Truppen erhalten, in denen sie um Aufschub der Feindseligkeiten nachsuchen und um Frieden bitten. Außerdem haben zwei Minister Muley Hafids ihre Unterwerfung jetzt in aller Form angeboten. (Wenn die Lage jetzt wirklich so friedlich ist, warum hält Frankreich dann an der Entsendung von Verstärkungen fest?)

Asien.

*In dem japanisch-chinesischen Zwischenfall hat nunmehr die japanische Regierung eine durchaus versöhnliche Haltung eingenommen, nachdem ihre Forderungen an dem heftigen Widerstand Südchinas, das mit Ausschließung japanischer Waren drohte, gescheitert sind. Wegen der Beschlagnahme des Dampfers „Tatsu-Maru", der den Aufständischen in Kwantung Waffen liefern sollte, wird nun eine von China von vornherein gewünschte Untersuchungskommission eingesetzt werden.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag setzte am Donnerstag die Spezialberatung des Etats des Reichsamts des Innern fort. Die Beratung bot das alljährlich wiederkehrende Bild der Erörterung zahlloser Einzelheiten. Von der Seefischerei ging es über die Zentrale für Volkswohlfahrt zum Agrarinstitut in Rom und von dort zu einer ausführlichen Besprechung der sozialdemokratischen Behauptung, daß bei der Festsetzung von Renten rigoros verfahren werde. Auch über freie Ärztewahl und über die Lage der deutschen Seeschiffahrt wurde eingehend gesprochen. — Um ½7 Uhr abends trat eine Pause bis 8 Uhr ein. In der folgenden Abendsitzung wurde über das Knappschaftswesen, über die Viehpreise, die Gesundheitsgefahr der Arbeiter in chemischen Fabriken debattiert. Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erklärte, daß die Verhandlungen über das Knappschaftswesen nicht nur in Preußen, sondern auch in den andern Bundesstaaten stattfänden. Eine Resolution betr. Statistik in Walz- und Hüttenwerken, und eine solche des Abg. Grafen v. Schwerin-Löwitz (kons.) über Aufmachung einer Viehpreisstatistik nach dem Lebendgewicht, wurde angenommen, obgleich die Linke auf die Undurchführbarkeit einer solchen Preisfestsetzung hingewiesen hatte.

Am 13. d. wird die zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern beim „Reichsgesundheitsamt" fortgesetzt.

Abg. Ruegenberg (Zentr.) fordert reichsgesetzliche Regelung des Hebammenwesens.

Abg. Graf v. Carmer (kons.) unterstützt die Forderung des Zentrums, das Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetz dahin abzuändern, daß die Kosten der amtlichen Untersuchung den Bundesstaaten zur Last fallen. Gebühren dürfen hierfür von den zur Untersuchung Verpflichteten nicht erhoben werden. Die inländische Fleischproduktion wird, wie Herr Kobelt gestern richtig ausführte, durch die Beschaukosten enorm verteuert.

Abg. Schellhorn (nat.-lib.) fragt, wann das Reichsvereinsgesetz an den Reichstag kommen werde.

Abg. Brühne (soz.) schildert die schlechten Wohnungsverhältnisse für die Ziegeleiarbeiter. Die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in den Ziegeleien spottet jeglicher Beschreibung. Dreizehnjährige Kinder werden z. B. abwechselnd Tag und Nacht täglich 13 Stunden beschäftigt. Die Verhältnisse im Bäckereigewerbe haben sich wesentlich gebessert, am schlechtesten sieht es aber im Fleischergewerbe aus. Die Arbeitszeit für die Gesellen ist am größten, und Sonntagsruhe gibt es da überhaupt nicht.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erklärt, zu einer reichsgesetzlichen Regelung eigne sich das Hebammenwesen nicht. Das Weingesetz werde in wenigen Wochen dem Bundesrat zugehen und alsdann sofort veröffentlicht werden.

Der Titel wird bewilligt.

Angenommen werden die Resolutionen betr. Übernahme der Fleischbeschaukosten auf das Reich und betr. den Verkehr mit Essig.

Es folgt das „Reichspatentamt", das nach kurzer Debatte, in der von mehreren Seiten eine Herabsetzung der Patentgebühren verlangt wird, bewilligt wird.

Beim „Reichsversicherungsamt" wünscht

Abg. Irl (Zentr.) die Reform der Unfallversicherung. Die Belastung der Handwerksmeister mit Versicherungsbeiträgen sei auf der höchstmöglichen Stufe angelangt. Eine gerechtere Verteilung der Lasten sei durchaus angebracht.

Abg. Findel (nat.-lib.) begründet eine Resolution auf Ausdehnung der Unfallversicherungspflicht 1) auf alle Handelsgeschäfte, soweit sie mit Lagerungs- und Beförderungsbetrieben verbunden sind, ohne Rücksicht auf eine Eintragung in das Handelsregister, und 2) auf die gesamte Tätigkeit des Geschäfts.

Abg. Graf v. Carmer (kons.) tritt für Herabsetzung der Altersgrenze in der Altersversicherung ein. Dies sei nötig, wenn der Zweck der Versicherung überhaupt erreicht werden solle. Die Mittel dazu müßten durch Verbilligung der Verwaltung erzielt werden. Angänzig sei es nicht, den Arbeitern die Beiträge zu verteuern oder diese einseitig den Arbeitgebern aufzuladen. Die Diakonissenstationen auf dem Lande sollten subventioniert werden.

Abg. Hue (soz.) bespricht die Denkschrift über die Unfälle im Bergwesen. Seine Partei sei sehr enttäuscht worden. An Stelle tatsächlicher Angaben seien nur polizeiliche Vorschriften in der Denkschrift enthalten, die auch anderweitig zu beschaffen wären. Notwendig sei es, daß die Unfallverhütungsvorschriften auch befolgt und ihre Durchführung kontrolliert würden. Die bergpolizeilichen Vorschriften würden vielfach systematisch nicht beachtet, und dann wundere man sich über Vermehrung der Unfälle und Anschwellung der Unfallrenten. Bei dem sozialpolitischen Vorgehen [illegible] die Regierung eine unbestreitbare Einseitigkeit. [illegible] Vertreter der Arbeiterschaft würden übersehen.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Die Denkschrift über die Explosionsgefahr im Bergbau ist genau nach der Resolution Giesberts abgefaßt worden, mehr konnte nicht geschehen. [illegible] lich der Auswahl der bei den Knappschaften zu [illegible] nehmenden Arbeiter werden der Reichsversicherungsamt durch die Arbeitskammern gute Dienste [illegible] werden. Das prozentuale Sinken der Unfallziffern ist zugegeben, es ist veranlaßt durch die Zunahme der kleinen Renten und durch die Verbesserung des Heilverfahrens. Die Resolution Findel wird [illegible] Erfüllung finden können. Die Herbeischaffung [illegible] Mittel für die Herabsetzung der Altersrente [illegible] 65 Jahre in der Altersversicherung durch Vereinigung der Verwaltung ist nicht möglich. Zu [illegible] ganzen Frage kann ich mich der hohen Kosten [illegible] nicht äußern. Die Förderung des Diakonissenwesens auf dem Lande wird tatkräftig betrieben.

Darauf wird die Fortsetzung der Debatte [illegible] abends 8 Uhr vertagt.

In der Abendsitzung wird die Beratung des Etats des Innern beim Kapitel „Reichsversicherungsamt" fortgesetzt.

Abg. Mugdan (frs. Vp.) bemängelt die [illegible] Dauer der Prozesse, die auf die Überlastung des Reichsversicherungsamtes zurückzuführen [illegible] Wünschenswert sei die Errichtung eines Lehrstuhls für versicherungsrechtliche Medizin, der [illegible] noch nicht vorhanden sei, da der dafür [illegible] Professor mit andern Arbeiten überlastet sei. [illegible] Klagen der Arbeiter würden durch die freie [illegible] wahl beseitigt werden können. Die Abschaffung [illegible] kleinen Unfallrenten bis 20 Prozent würde [illegible] sein. Mit der Herabsetzung der Grenze für [illegible] Altersrenten auf das 65. Lebensjahr könne er [illegible] im Prinzip einverstanden erklären.

Abg. Behrens (wirtsch. Vgg.) betont, daß [illegible] kleinbäuerlichen Kreise sehr entschieden gegen die [illegible] seitigung der kleinen Unfallrenten seien. Sehr [illegible] nachteiligt würden die Gärtnereiarbeiter. Von [illegible] Rentenberechnung sehe man sie schlechtweg als [illegible] arbeiter an.

Darauf wird die Debatte gegen die Stimmen der Sozialdemokraten geschlossen und das Kapitel bewilligt.

Beim Kapitel „Aufsichtsamt für Privatversicherung" weist

Abg. Wehl (nat.-lib.) darauf hin, daß [illegible] Privatversicherungsanstalten einen Tarifverband gebildet hätten, der nur die Interessen der Gesellschaften auf Kosten der Versicherten fördere. Gegen das Kohlenkartell könne man sich durch Bezug aus dem Auslande schützen, aber den Feuerversicherungsgesellschaften sei man schutzlos ausgeliefert.

Das Kapitel wird bewilligt, womit die [illegible] den Ausgaben erledigt sind.

Es folgen die einmaligen Ausgaben.

Der Rest des Etats wird ohne erhebliche Debatte angenommen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Von Nah und Fern.

Untergang eines deutschen Torpedobootes. Wieder einmal ist unsre Marine von einem beklagenswerten Verlust betroffen worden. Nachts 2 Uhr ist beim Feuerschiff „Elbe IV" unweit Cuxhaven das zur 1. Minensuchdivision gehörige Torpedoboot „S 12", das mit dem Torpedosuchboot „S 25" von einer Übungsfahrt zurückkehrte, vom auslaufenden deutschen Dampfer „Eduard Grootmann" angerannt worden und sofort gesunken. Die Besatzung wurde von „S 25" und dem Rettungsboot des Feuerschiffes 4 gerettet bis auf den letzten, den Maschinisten Homburg. Dieser befand sich zur Zeit des Unglücksfalles in seiner Kammer. Der Bug des Dampfers traf gerade an dieser Stelle das Boot und verletzte den Maschinisten so, daß seine Rettung, bevor das Boot sank, nicht mehr möglich war.

Fünf Kinder bei einem Brande erstickt. In Frankfurt a. M. geriet in der Parterrewohnung der Arbeiterfamilie Schunk in Abwesenheit der Eltern eine Bettstelle in Brand. Sämtliche im Zimmer befindlichen fünf Kinder im Alter von sechs Monaten bis zu sechs Jahren erstickten im Rauch.

Die Dame mit den Rosen.

8] Kriminalroman von G. Quis.

(Fortsetzung.)

Anna suchte unwillkürlich die Hand ihrer Gesellschafterin und drückte sie. Es schien, als ob sie in der zärtlichen Berührung ihrer Freundin eine Stärkung in diesem so bedeutungsschweren Augenblicke suchen wollte. Herr v. Walmoden war sehr blaß. Er fühlte, wie der Blick seiner Tochter auf ihm ruhte. Die Worte, die sie am Abend vorher gesprochen, hallten noch jetzt in seiner Seele wider. Er ahnte, daß Anna den Angeklagten liebte. Er hatte einen Augenblick die Empfindung, als ob er nicht Hollmann, sondern seine Tochter Anna anklagte, als ob er nicht einen Mörder der gebührenden Strafe, sondern seine Tochter der Verzweiflung überantwortete. Seine Hand zitterte, als er das Aktenstück ergriff, das Anna ins Feuer geworfen haben würde, wenn sie Karl damit hätte retten können. Endlich sammelte er sich. Das Bewußtsein seiner amtlichen Würde trug in ihm den Sieg davon.

Ein tiefes Schweigen herrschte in dem großen Saale. Der Vortrag des Staatsanwalts fesselte die Aufmerksamkeit und beschäftigte die Gemüter. Leidenschaftslos und ohne besonderen Aufwand von Worten schilderte er den Vorgang, und seine Darstellung machte einen um so tieferen Eindruck, je mehr der Gerichtshof die Rechtschaffenheit seiner Gesinnung und den Ernst seiner Überzeugung zu schätzen wußte. Karl hielt seine Sache für verloren, als er den Redner mit folgenden Worten den Vortrag schließen hörte:

„Der Kommerzienrat Hollmann besaß ein erhebliches Vermögen, dessen einziger Erbe sein Neffe war. Der Hang zu einem genußreicheren Leben, vielleicht Leidenschaften, die sich unsern Nachforschungen entzogen haben, trieben den Unglücklichen zum Verbrechen. Das Verbrechen war vorbedacht. An dem zur Vollziehung des Mordes bestimmten Tage speiste er bei dem Greise, geht nach Hause und verabschiedet gegen alle Gewohnheit seinen Diener.

Diese Vorkehrungen sind verdächtig genug. Was hat er nun von diesem Augenblicke bis zur Zeit, als Jakob ihn zurückkehren hörte, getan? Er kann uns keine Auskunft darüber geben. Er will sie uns nicht geben. Gibt es für dieses Schweigen einen verständigen Grund?

Betrachten Sie den blutigen Schauplatz des Mordes. Die Spuren, die der Mörder auf dem Hofe zurückgelassen, der Diebstahl, seine späte Rückkehr beweisen seine Schuld offenkundiger, als alle Zeugenaussagen. Ein Zeuge hat zwar in der Voruntersuchung von der Zuneigung gesprochen, die der Angeklagte für seinen Oheim zu hegen schien, doch diese Zuneigung war Heuchelei! Überdies war dieser Diener drei Jahre lang abwesend und es läßt sich aus allem schließen, daß der Gedanke des Verbrechens erst später in der Seele des Dr. Hollmann entstand.

Waltet noch irgend ein Zweifel bei Ihnen, meine Herren Geschworenen, so fragen Sie nur, wem das Verbrechen nützlich sein konnte. Niemand, als dem Angeklagten!

Die Nachforschungen nach dem geraubten Gelde sind erfolglos gewesen. Die Hinterlassenschaft des Ermordeten würde unter gewöhnlichen Verhältnissen seinem Neffen zugefallen sein. Der Angeklagte hat offenbar das Geld nicht genommen, um sich vorzeitig in den Besitz desselben zu setzen, sondern, um einen Raubmord wahrscheinlich zu machen. Es zu verbergen, muß ihm leicht geworden sein. Das unbegreifliche Schweigen über seinen Aufenthalt während der Mordtat ist ein weiteres Belastungsmoment.

In den Blättern schon wurde darauf hingedeutet, daß der Angeklagte möglicherweise während der Zeit ein verliebtes Abenteuer gehabt habe, und daß er seine Geliebte nicht bloßstellen wolle. Die Ausrede ließ sich hören, wenn wir Juristen nicht unsre ganz bestimmten Erfahrungen in diesem Punkte hätten.

In solchem Falle, in dem es sich für den Angeklagten um Kopf und Kragen handelt, würde die betreffende Dame, wenn sie den Angeklagten liebt, mindestens in einem anonymen Briefe an die Staatsanwaltschaft die Unschuld des Angeklagten beteuert haben. Ein solcher Brief ist nicht eingegangen.

Läge der Fall aber wirklich so, wie in den Zeitungen angedeutet, und jenes Mädchen liebte den Angeklagten nicht so leidenschaftlich, um etwas zu seiner Rettung zu tun, so ist wiederum die Rücksichtnahme seitens des Angeklagten nicht zu begreifen in einem so schweren Falle, wo es sich nicht nur um seinen Kopf, sondern auch um seine Ehre handelt.

Der Angeklagte hat aber auch solche Ausrede nicht versucht, sie steht hier nicht zur Verhandlung und ich erwähnte die Sache nur, damit sich die Herren Geschworenen nicht durch das Gerede eines Berichterstatters in ihrem gesunden Urteil irremachen lassen."

Nach einer kurzen Atempause fuhr der Staatsanwalt mit erhobener Stimme fort:

„Meine Herren Geschworenen! Es ist nun an Ihnen, Ihre Pflicht als unbefangene Richter zu tun. Es handelt sich hier nicht um einen Prozeß, dessen Verhandlung nur in diesem Schwurgerichtssaale widerhallt, sondern das ganze Land hat seine Blicke hierher gerichtet und erwartet mit Spannung Ihr Urteil. Sie haben hier nicht nur einen Schuldigen zu bestrafen, sondern auch vor dem Lande zu beweisen, daß es vor dem Gesetz keinen Unterschied des Standes gibt. Um die Überzeugung zu vereiteln, daß vor Gott wie vor der Gerechtigkeit die Menschen gleich sind, werden Sie den Angeklagten verurteilen, der das Leben eines ehrwürdigen, ihm wohlwollenden Greises seiner schmachvollen Geldgier geopfert hat. Aus allen diesen Gründen beantrage ich, den Angeklagten schuldig zu sprechen des vollendeten Mordes unter Ausschluß mildernder Umstände."

Der tiefe Eindruck, den diese gewaltige Anklagerede auf die Geschworenen und alle Anwesenden machte, ließ sich nicht verkennen.

Die Verhandlung wurde darauf auf den kommenden Tag vertagt.

Die lebhafte Aufregung herrschte unter den Zuhörern. Überall bildeten sich Gruppen, es war schwer, hindurch zu kommen.

Karl entfernte sich mit den Schließern und mit seinem Verteidiger durch eine Seitentür